

**Niederschrift  
über die  
55. Sitzung des Integrationsbeirates  
am 28.11.2025  
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn: 16:35 Uhr**

**Ende: 17:48 Uhr**

**Stimmberechtigte Mitglieder:**

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau <b>Arndt-Grunde</b> i, Anja		<b>X</b>	
2	Frau <b>Berktaş</b> , Nihal	<b>X</b>		
3	Herr Prof. Dr. <b>Brunnbauer</b> , Ulf	<b>X</b>		
4	Herr <b>Cetinkaya</b> , Nurdoğan	<b>X</b>		
5	Frau <b>Funk</b> , Erika Eva	<b>X</b>		
6	Frau <b>Hanifah</b> , Mumtaz		<b>X</b>	
7	Herr <b>Kaddoura</b> , Mohammed Khalid	<b>X</b>		
8	Frau <b>Lang</b> , Julia	<b>X</b>		
9	Herr Dr. <b>Mårton</b> , Mihai-Paul		<b>X</b>	
10	Herr <b>Paquay Rovira</b> , Pedro		<b>X</b>	
11	Frau <b>Pelties</b> , Marta	<b>X</b>		
12	Frau <b>Pidopryhora</b> , Alina	<b>X</b>		
13	Frau <b>Rist-Kaip</b> , Tünde	<b>X</b>		
14	Herr <b>Sarik</b> , Haritun		<b>X</b>	
15	Herr <b>Sbirkov</b> , Ivan	<b>X</b>		
16	Frau <b>Schwarz</b> , Stephanie	<b>X</b>		
17	Frau <b>Shahedi</b> , Monir	<b>X</b>		
18	Frau <b>Stabnau</b> , Hae-Gyung	<b>X</b>		
19	Frau <b>Stupavsky</b> , Anna	<b>X</b>		
20	Frau <b>Torreblanca Cruz</b> , Mariana	<b>X</b>		
21	Frau <b>Wudtke</b> , Valentina		<b>X</b>	
		<b>15</b>	<b>6</b>	

## Beratende Mitglieder:

	Name	Anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: <b>Dechant</b> , Bernadette (Stellvertretung: <b>Tahedi</b> , Erich)		
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: <b>Gaittet</b> , Daniel (Stellvertretung: <b>Eberlein</b> , Theresa)	<b>X (Herr Gaittet)</b>	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: <b>Wolbergs</b> , Jochaim (Stellvertretung: <b>Zierer</b> , Ernst)		
4	Für die SPD-Fraktion: <b>Irmisch</b> , Alexander (Stellvertretung: <b>Kolbe-Stockert</b> , Evelyn)		<b>X (Herr Irmisch)</b>
5	Für die ÖDP-Fraktion: <b>Graf</b> , Joachim	<b>X (Herr Graf)</b>	
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: <b>Radler</b> , Kerstin		<b>X (Frau Radler)</b>

## Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	Entschuldigt
1	von <b>Seiche</b> , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: <b>Koller</b> , Dr. Doris)	<b>X (Frau von Seiche)</b>	
2	<b>Hanusa</b> , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: <b>Simek</b> , Ludwig)	<b>X (Frau Hanusa)</b>	
3	<b>Wiesmann</b> , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: <b>Streitberger</b> , Gotthold)	<b>X (Herr Streitberger)</b>	<b>X (Herr Wiesmann)</b>
4	<b>Issakha</b> , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Frau Helen <b>Kidan</b> )	<b>X (Frau Kidan)</b>	
5	<b>Firat</b> , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)	<b>X (Herr Firat)</b>	
6	Herr <b>Firat</b> Vahap (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung Herr <b>Güler</b> Hüseyin)		<b>X (Herr Firat)</b>
7	Frau Natalia <b>Jundt</b> (Ukrainisch-Bayerischer Verein Hromada Regensburg e.V.)	<b>X (Frau Jundt)</b>	
8	<b>Maltz-Schwarzfischer</b> , <b>Gertrud</b> (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)		<b>X (Frau Maltz-Schwarzfischer)</b>

## Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Frau <b>Spitaler-Kossok</b> , Ines (Amt für Integration und Migration)
2	Herr <b>Vernim</b> , Matthias (Amt für Integration und Migration)
3	Frau <b>Dirnberger</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)
4	Frau <b>Lang</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)

## Top 1: Eröffnung der Sitzung und Bericht des Vorstands

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Entschuldigt seien Frau Arndt-Grundej, Frau Mumtaz, Herr Dr. Märton, Herr Paquay Rovira, Herr Sarik und Frau Wudtke. Sie begrüßt die Anwesenden, sowie Frau Ried von der Mittelbayerischen Zeitung. Einwände gegen Fotos gebe es keine.

Die Tagesordnung wird einstimmig um TOP 7 (Fairnessvereinbarung) ergänzt. Aufgrund der Wahl am 8. März 2026 (auch Weltfrauentag) seien Sitzungen derzeit nur bis April 2026 planbar. Sie bittet dies zu entschuldigen, sobald man die weiteren Sitzungen planen könne, werde man dies zusammen mit der geschäftsführenden Stelle tun.

Frau Lang informiert über den Tod des ehemaligen Beiratsmitglieds Herrn Kaunzner. Man werde versuchen; den nahen Verwandten das Beileid zu bekunden. Sie bittet um eine Schweigeminute. Anschließend gratuliert sie Frau Mumtaz zur Geburt ihrer Tochter.

Das Protokoll der Sitzung vom 14. Februar, das alle erhalten hatten, wird ohne Ergänzungen einstimmig beschlossen und genehmigt.

Frau Lang berichtet von einer sehr gelungenen, geselligen KoBE-Mahlzeit am 21.10., bei der sie viele Kontakte zu verschiedenen Vereinen (u. a. Johanniter, Malteser) knüpfen habe können. Der Austausch sei mit zufällig zugeteilten Kärtchen an Tischen erfolgt. Sie empfehle die KoBE-Stammtische ausdrücklich, man sei jederzeit herzlich willkommen.

Außerdem habe sie eine Sammelanmeldung für die Ehrenamtskarte mitgenommen, die sie initiieren werde, um diese abzugeben. Die Ehrenamtskarte biete inzwischen nicht nur Vorteile wie freien Eintritt in bayerische Museen, mittlerweile gebe es Rabattaktionen zu Schifffahrten uvm. Als möglicher weiterer Vorteil für die Ehrenamtskarte wurde kostenloses Kurzzeitparken (für eine halbe Stunde) in der Altstadt vorgeschlagen.

Beim Festakt „10 Jahre Campus Asyl“ waren Herr Vernim, Herr Cetinkaya und Frau Funk anwesend. Herr Cetinkaya berichtet, dass die gut besuchte Veranstaltung im Vielberth-Gebäude der Universität stattgefunden habe. Es habe Grußworte der Oberbürgermeisterin, sowie der Präsidenten von Universität und Fachhochschule, eine kurze Podiumsdiskussion mit Beteiligten und Gründern gegeben, sowie einen anschließenden Stehempfang.

Frau Lang berichtet außerdem von der Sitzung des Sicherheitsbeirats letzten Montag, die intensiv und interessant gewesen sei. Ein Anliegen habe man zurückziehen müssen, da es keine Kommunalangelegenheit gewesen sei. Frau Rist-Kaip sei auch mit anwesend gewesen und sie habe angesprochen, dass nicht pauschalisiert werden dürfe und der Ton wichtig sei. Frau Maltz-Schwarzfischer habe ihr zugestimmt und versichert hier aufzupassen.

Die Veranstaltung der Antidiskriminierungsstelle finde heute im Anschluss statt, die meisten hätten zugesagt. Daher solle die Sitzung diszipliniert durchgeführt werden, um pünktlich zu enden. Sie bittet um Verständnis, wenn es heute etwas schneller gehen müsse. Frau Lang fragte nach weiteren aktuellen Punkten und teilt mit, dass Frau Maltz-Schwarzfischer entschuldigt sei. Da keine Fragenvorliegen, werde zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen.

## **Top 2: Rückblick 10jähriges Jubiläum des Integrationsbeirats vom 10.10.2025**

Berichterstattung: Vorstand

Frau Lang berichtet von durchweg sehr positivem Feedback und spricht dem Team der geschäftsführenden Stelle großen Dank und ein Riesenlob für Planung, Organisation und Unterstützung aus. Sie berichtet, dass die Veranstaltung sehr gut von Politikern, sowie Partnern und Kooperationspartnern besucht gewesen sei, was auch die mittlerweile sehr große Reichweite und eine Anerkennung zum 10jährigen Jubiläum zeige.

Herr Firat ergänzt, dass er sich besonders über den Besuch von Herrn Dipama trotz bestehender Bedrohungslage gefreut habe.

Frau Lang ergänzt, dass dies für alle gelte und man über seine Anwesenheit froh gewesen sei. Er selbst sei auch sichtlich froh gewesen. Sie habe vor Ort lang mit ihm gesprochen und das Thema trotz fehlender kommunaler Zuständigkeit im Sicherheitsbeirat angesprochen. Diese Entwicklungen betreffen inzwischen alle und müssten politisch reguliert werden.

Zudem habe das 10jährige Jubiläum bewusst im Rahmen der Interkulturellen Woche stattgefunden, auch hier sei das Feedback sehr positiv gewesen.

### **Top 3: Rückblick Interkulturelle Wochen 2025**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Herr Cetinkaya berichtet, dass die Interkulturellen Wochen anlässlich des 50-jährigen Jubiläums sehr erfolgreich waren, ebenso wie die 10-jährige Jubiläumsfeier des Integrationsbeirats. Das umfangreiche Programm habe dieses Jahr rund 40 Veranstaltungen beinhaltet, darunter Filme, Werksführungen bei BMW, Workshops, Kochkurse, Vorträge, musikalische, kulturelle Darbietungen und viele politische Beiträge. Die Auftaktveranstaltung am Neupfarrplatz habe bei gutem Wetter stattgefunden. Herr Cetinkaya dankt allen Kooperationspartner\*innen für die Unterstützung und hofft weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit, da diese auch immer wieder ergiebig und voller Inhalte sei.

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Cetinkaya, der Arbeitsgruppe, der Geschäftsstelle und allen Beteiligten für den großen organisatorischen Einsatz. Anschließend leitet sie zum nächsten Tagesordnungspunkt über und übergibt das Wort erneut an Herrn Cetinkaya.

## **Top 4: Aktueller Bericht zu den Planungen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2026**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Herr Cetinkaya berichtet vom ersten Planungstreffen mit guter Beteiligung. Man habe abgesprochen, sich alle drei bis vier Wochen zum Austausch zu treffen um Kooperationspartner\*innen bei Veranstaltungen, Räumlichkeiten oder auch bei Finanzierungsmöglichkeiten zu helfen. Das nächste hybride Treffen sei für den 16./17. Dezember im Amt für Integration und Migration geplant. Eigene Veranstaltungen seien in Planung, u. a. wieder die Kundgebung am 21. März (Internationaler Antirassismustag) sowie eine Onlineveranstaltung zum Thema Antirassismuskampf. Zudem wolle er sich mit Herrn Dipama in Verbindung setzen, um zu klären, ob die ausgefallene Veranstaltung während der Interkulturellen Wochen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus nachgeholt werden könne.

Frau Hanusa weist auf eine Onlineveranstaltung am 11. Dezember in Erlangen zum Thema „Antisemitismus und Rassismus zusammen denken“ hin und regt an, da es das Angebot von AGABY oder vom Integrationsbeirat Erlangen jetzt auch für eine Präsenzveranstaltung gebe, ein ähnliches Angebot in Regensburg umzusetzen. Die Referent\*innen stammen von der Organisation „Gesellschaft im Wandel“. Die Hauptvertreter hätten am Tag der Menschenrechte in Dachau den Preis für Zivilcourage bekommen. Frau Lang fragt nach dem zeitlichen Rahmen. Frau Hanusa betont, dass dies nicht zwingend während der Aktionswochen sein müsse.

Herr Cetinkaya signalisiert Unterstützung bei Organisation, Räumen und Finanzierung, wenn Frau Hanusa die Kontakte herstelle. Frau Hanusa sagt zu, dies an die Geschäftsstelle weiterzugeben. Frau Lang merkt an, dass hierfür ein Kostenvoranschlag nötig sei. Sie fragt, ob es Gegenstimmen gibt, dies ist nicht der Fall. Abschließend lädt Frau Lang zur Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften ein und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

## **Top 5: Beschluss: Unterstützung des kommunalen Aufrufs „Migration als Chance begreifen!“**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung

Beschlussvorschlag s. Anlage

Frau Rist-Kaip erläutert, dass die Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main zu einer kommunalpolitischen Erklärung aufrufe, Migration als Chance zu verstehen und sich für Menschenrechte, Solidarität sowie Teilhabe, Integration und Inklusion von Migrant\*innen auszusprechen. Die Unterstützung solle bis 3. Dezember erfolgen.

Herr Cetinkaya unterstützt den Aufruf grundsätzlich, äußert jedoch Kritik an der Formulierung „Flucht“, hält den Inhalt insgesamt aber für richtig. Die Veröffentlichung des Aufrufs sei zum 10. Dezember (Tag der Menschenrechte) geplant.

Es wird klargestellt, dass der Aufruf von der Bürgermeisterin (nicht des Oberbürgermeisters) stammt.

Herr Vernim berichtet, dass der Aufruf inzwischen auch an die Oberbürgermeisterin von Regensburg weitergeleitet worden sei.

Frau Lang stellt fest, dass der Beschluss davon unberührt bleibe und regt eine zeitnahe Weiterleitung an. Weitere Änderungswünsche gibt es nicht. Sie fragt, ob jemand etwas gegen diesen Beschluss hat. Dies ist nicht der Fall. Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Herr Vernim versichert, dass man den Beschluss unverzüglich an die entsprechenden Adressaten weiterleite.

## I. **Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg fordert

- Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer,
- Bürgermeisterin Dr. Astrid Freudenstein,
- Bürgermeister Ludwig Artinger sowie
- die Stadträtinnen und Stadträte

auf, den kommunalpolitischen Aufruf „Migration als Chance begreifen“ persönlich, namentlich und im Namen der Stadt Regensburg zu unterstützen.

Die Unterstützung soll der initiiierenden Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, Frau Dr. Eskandari-Grünberg, fristgerecht mitgeteilt werden.

Rückmeldung bis 3.12.2025 an: [buergermeisterin@stadt-frankfurt.de](mailto:buergermeisterin@stadt-frankfurt.de)

Der Integrationsbeirat spricht sich als gewählte Vertretung der Menschen mit Migrationsgeschichte ausdrücklich für den Aufruf aus und unterstützt die darin formulierten Forderungen der Kommunen an die Bundesregierung.

Zum Verfahren:

1. Der Beschluss wird durch die Geschäftsstelle des Integrationsbeirats an die Oberbürgermeisterin, Bürgermeisterin und Bürgermeister, zuständige Referentinnen und Referenten sowie die Fraktionen und Mitglieder des Regensburger Stadtrats weitergeleitet.
2. Alle werden gebeten, ihre persönliche Unterstützung des Aufrufs bis zum 3. Dezember 2025 an die im Aufruf genannte Kontaktadresse

[buergermeisterin@stadt-frankfurt.de](mailto:buergermeisterin@stadt-frankfurt.de)

sowie in CC an [integrationsbeirat@Regensburg.de](mailto:integrationsbeirat@Regensburg.de)

zu übermitteln.

## II. **Begründung**

Die Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt hat eine kommunalpolitische Erklärung initiiert, die zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2025 veröffentlicht werden soll. Der Aufruf richtet sich an die Bundesregierung und fordert eine realistische, solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik aus Sicht der Kommunen.

Im Aufruf wird betont:

- dass das Gelingen von Aufnahme, Teilhabe, Integration und Inklusion wichtige Chancen für unsere gemeinsame Zukunft eröffnet,
- dass Kommunen, wie auch Regensburg, seit Jahren Verantwortung übernehmen und als Sichere Häfen handeln,
- dass Bund und Länder Rahmenbedingungen schaffen müssen, die Integration und echte Teilhabe ermöglichen statt erschweren.

Regensburg hat sich selbst als Sicherer Hafen verpflichtet, über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus Verantwortung für schutzsuchende Menschen zu übernehmen. Die beschriebenen Herausforderungen, insbesondere Unterbringung, Arbeitsmarktintegration, Ausländerbehörde, soziale Teilhabe und Wohnraum, betreffen die Stadt daher in besonderem Maße.

Der Integrationsbeirat ist das demokratisch gewählte Gremium, das die Interessen von Menschen mit Migrationserfahrung in Regensburg vertritt. Aus dieser Verantwortung heraus begrüßt er, wenn Regensburger Mandatsträger\*innen diesen kommunalen Appell mittragen.

Eine Unterstützung durch kommunale Entscheidungsträger\*innen zeigt Solidarität mit anderen Städten, stärkt die kommunale Perspektive in der bundespolitischen Debatte und gibt ein klares Signal für eine sachliche, menschenwürdige und lösungsorientierte Migrationspolitik.

### **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen.

## **Top 6: Beschluss: Öffentliche Erklärung des Integrationsbeirats zur „Stadtbild“-Debatte**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Im zweiten Beschluss gehe es um ein Statement zur umstrittenen „Stadtbild“-Äußerung von Bundeskanzler Merz. Die AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit habe dazu zwei Textvarianten erarbeitet, sich intern aber nicht einigen können, weswegen heute das Gremium abstimmen solle. Beide Fassungen wurden vorgestellt und nach einer kurzen Lesepause diskutiert.

Ein Teil der Mitglieder bevorzuge Version eins, da sie kürzer, prägnanter und emotionaler sei. Andere sprachen sich für Version zwei aus, weil sie sachlicher sei, konkrete Probleme benenne und differenzierter argumentiere. Es wurde betont, dass beide Texte Kritik enthielten, sich jedoch in Stil und Umfang unterschieden. Zudem werde eine redaktionelle Änderung (Bürger\*innen) angeregt.

Nach Diskussion über das Abstimmungsverfahren wurde zunächst zwischen den beiden Varianten abgestimmt: Fünf Mitglieder stimmten für Version eins, zehn für Version zwei. Damit wurde Version zwei gewählt. In einer anschließenden Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, diese als offizielles Statement zu veröffentlichen.

## I. **Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg veröffentlicht die folgende Erklärung:

**„Unser Stadtbild lebt, weil wir darin leben.“**

### **Ein leidenschaftliches Statement des Integrationsbeirats der Stadt Regensburg**

In unserem Land wird in diesen Tagen über das „Stadtbild“ gesprochen, aber nicht über jenes, das wir jeden Tag erleben.

Wir hören Worte, die verletzen. Worte, die Mauern bauen. Worte, die Menschen, die hier geboren wurden oder hierherkamen, in ein „Wir“ und „Sie“ aufspalten sollen.

Und wir sagen klar: **So etwas darf ein Bundeskanzler nicht tun!**

Ein Kanzler, der von einem „Stadtbild“ spricht, als wäre Vielfalt ein Schaden, verfehlt seine Verantwortung, verachtet Menschen, die das Land am Laufen halten und beschämt seine Bewohner.

Er spricht nicht *für* das ganze Land – er spricht an *vielen Menschen vorbei*.

Er vergiftet den Blick auf Städte, die längst viel weiter sind als seine Worte.

Worte können trennen.

Aber sie können auch aufrütteln.

Wir möchten, dass unsere Stadt hört, was wirklich gemeint ist, wenn auf „das Stadtbild“ gezeigt wird.

Sie sollen von den Problemen ablenken, die wir alle kennen:

- steigende Mieten
- Kinder- und Altersarmut
- kaputtgesparte Schulen
- überlastete Kitas
- ein Pflegenotstand
- ungleiche Bezahlung
- die Folgen des Klimawandels
- rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – auch an Schulen

Keines dieser Probleme hat etwas mit Herkunft zu tun.

**Aber alle diese Probleme haben etwas mit Politik zu tun.**

Wenn Menschen, die hier leben, als Störung des „Stadtbilds“ beschrieben werden, dann ist das eine Nebelkerze.

Eine bewusste Ablenkung von Verantwortlichkeiten.

Eine Verlagerung von Schuld.

### **Wir sagen: Schluss damit.**

Schluss damit, Menschen zu erklären, sie seien nicht Teil dieses Landes, obwohl sie jeden Tag dafür arbeiten, es am Laufen zu halten.

Schluss damit, Vielfalt als Gefahr darzustellen, weil man keine Antworten auf echte soziale Probleme hat.

Schluss damit, Bürger\*innen gegeneinander auszuspielen.

Was uns im Stadtbild wirklich stört?

Nicht die Vielfalt.

Nicht die vielen Farben unserer Stadt.

Nicht Menschen, die mehrere Sprachen sprechen, verschiedene Traditionen leben oder andere Namen tragen.

Was uns stört, ist etwas ganz anderes:

- rassistische Werbung
- Beleidigungen in Bussen
- Angriffe auf queere Menschen
- antisemitische Schmierereien
- menschenfeindliche Sticker
- das Verdrängen wohnungsloser Menschen
- die Abwertung Geflüchteter
- unbezahlbare Mieten
- fehlende Kitaplätze
- überlastete Pflegekräfte

**Das** zerstört das Stadtbild.

Nicht wir.

Nicht die Vielfalt.

Nicht Menschen, die hier ihr Leben aufbauen.

### **Wofür wir kämpfen – und was wir fordern**

Wir kämpfen für ein Stadtbild, das **uns alle** sieht.

Für eine Sprache der Verantwortung.

Für politische Führung, die nicht spaltet, sondern zusammenführt.

Für Chancengerechtigkeit, Teilhabe, Bildung, Sichtbarkeit.

Wir fordern:

- eine klare Abkehr von ausgrenzender, gefährlicher Rhetorik,
- konkrete Schritte gegen soziale Ungleichheit,
- Investitionen in Bildung, Wohnen, Betreuung und Pflege,
- Schutz vor Diskriminierung in allen öffentlichen Räumen,
- politische Anerkennung von Migration als Teil der Zukunft dieses Landes.

### **Wir erinnern die Stadt an etwas Wichtiges**

Wir sind nicht irgendein Randphänomen.

Wir sind keine statistischen Fußnoten.

Wir sind nicht „Störung“.

Wir sind **Bürger\*innen dieser Stadt.**

Wir sind Teil davon.

Wir sind mittendrin.

Wir sind das, was dieses Stadtbild lebendig macht.

Er sagt *Stadtbild*.

Wir sagen *Zuhause*.

Er sagt *Problem*.

Wir sagen *Mitmenschen*.

Er zeigt mit dem Finger.

Wir reichen die Hand.

### **An unsere Stadtbevölkerung**

Wir stehen mit Ihnen – nicht gegen Sie.

Unsere Vielfalt gehört zu Ihrem Alltag, zu Ihrem Arbeitsplatz, zu Ihrer Nachbarschaft.

Wir tragen mit bei.

Wir gestalten mit.

Wir gehören dazu.

Wenn jemand behauptet, wir seien ein Problem –  
dann erkennen Sie darin bitte nicht die Realität,  
sondern die Absicht.

**Wir bleiben. Wir gestalten. Wir gehören dazu.**

Dieses Stadtbild lebt – **weil wir alle darin leben.**

## **II. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## **TOP 7: Beschluss: Einführung einer Fairnessvereinbarung für den Kommunalwahlkampf 2026 in Regensburg**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismus

Frau Lang erklärt, dass ein zusätzlicher Beschluss kurzfristig als TOP 7 aufgenommen worden sei.

Herr Cetinkaya erläutert, dass die verspätete Einbringung daran gelegen habe, dass zunächst unklar gewesen sei, ob man die nötige Mehrheit oder die Personen für die Überwachung dieser geplanten Fairnessvereinbarung zusammenbekommen könne. Ziel sei es, eine Vereinbarung mit Parteien und Kandidat\*innen zum fairen Umgang bei Auftritten, Veröffentlichungen und öffentlichen Äußerungen, zu machen.

Inzwischen habe man drei Ombudspersonen gewinnen können: Frau Ilse Danziger, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Jörg Breu, Dekan des Donaudekanats Regensburg und Martin Müller von pax christi. Sie sollen Äußerungen, Veröffentlichungen usw. im Blick behalten und bei gravierenden Verstößen ein Statement oder eine Pressemeldung herausgeben.

Nachfragen betreffen die Auswahl der Ombudspersonen und die praktische Umsetzung.

Herr Cetinkaya erklärt, dass Herr Wiesmann dies übernommen und einige Leute angesprochen habe. Dies seien die drei gewesen, die sich bereit erklärt hätten mitzumachen. Hinsichtlich des Ablaufs wolle man zusammen mit den Ombudsleuten eine Pressekonferenz oder -erklärung herausgeben und auch die Kooperationspartner\*innen bitten, diese Fairnessvereinbarung zu unterstützen. Bei dieser Konferenz oder Erklärung wolle man dann mitteilen, dass man diesen Beschluss gefasst habe und von welchen Kooperationspartner\*innen man unterstützt worden sei. Dies werde dann auch an die Parteien und Kandidat\*innen verschickt. Er erklärt, dass Beschwerden von Bürger\*innen über eine eigens dafür eingerichtete Mailadresse eingereicht werden können, sodass wirklich die gesamte Stadtbevölkerung eingebunden sei und ein Auge darauf haben könne. Organisatorisches übernehme der Integrationsbeirat, Details zur Bearbeitung der Mails würden noch geklärt.

Weitere Fragen gibt es nicht. Der Beschluss wird einstimmig angenommen. Frau Lang dankt für die Organisation und weist auf möglichen Mehraufwand hin.

Frau Pidopryhora merkt an, dass eingehende Mails teils automatisiert beantwortet werden könnten.

Frau Lang ergänzt, dass sich die Gruppe sicherlich Gedanken dazu machen und dies umsetzen werde. Sie weist darauf hin, dass man jederzeit in einer Gruppe willkommen sei.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg initiiert für einen respektvollen, sachlichen und diskriminierungsfreien Wahlkampf eine Fairness-Vereinbarung. Sie ist an die Kölner Fairness-Vereinbarung angelehnt und soll den Kommunalwahlkampf 2026 in Regensburg aktiv begleiten. Die gemeinsame Selbstverpflichtung der Parteien und Wählervereinigungen soll einen fairen Umgang in allen Wahlkampfauftritten, Veröffentlichungen und öffentlichen Äußerungen sicherstellen.

Er wendet sich damit an alle politischen Parteien und Wählervereinigungen in der Stadt und lädt sie ein, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Mit der Teilnahme wird ein sichtbares Zeichen für demokratische Verantwortung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen fairen Umgang in der politischen Auseinandersetzung gesetzt.

Die unterzeichneten Vereinbarungen werden auf der Website des Integrationsbeirates veröffentlicht. Zur Begleitung der Vereinbarung wird ein zentrales E-Mail-Postfach eingerichtet, über das Bürgerinnen und Bürger Hinweise auf mögliche Verstöße geben können. Die eingehenden Hinweise werden von den unabhängigen Ombudspersonen Ilse Danziger, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Regensburg, Jörg Breu, Dekan des Donaudekanats Regensburg, und Martin Müller, geistlicher Beirat der katholischen Friedensbewegung pax christi, geprüft. Bei bestätigten Verstößen nehmen die Ombudspersonen in geeigneter Form öffentlich Stellung.

Die Geschäftsstelle des Integrationsbeirates übernimmt die organisatorische Umsetzung sowie die kontinuierliche Begleitung des Verfahrens.

## **II. Begründung**

Regensburg ist eine vielfältige Stadtgesellschaft, in der Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Lebensentwürfe seit Jahrzehnten zusammenleben. Diese Vielfalt ist ein wesentlicher Bestandteil der städtischen Kultur, des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Stabilität. Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Wahlkämpfe zunehmend polarisiert und stigmatisierend geführt werden und insbesondere Menschen mit Migrationserfahrung, Geflüchtete oder religiöse Minderheiten oft als Projektionsfläche für gesellschaftliche Probleme dienen. Solche Tendenzen gefährden nicht nur das respektvolle Miteinander, sondern untergraben auch das Vertrauen in demokratische Prozesse.

Der Integrationsbeirat nimmt daher seine Verantwortung wahr, politische Kommunikation konstruktiv zu begleiten. Die Fairness-Vereinbarung schafft einen Rahmen, der sicherstellt, dass die politische Auseinandersetzung sachlich bleibt, Vorurteile vermieden werden und Minderheiten nicht instrumentalisiert oder stigmatisiert werden. Sie bietet allen politischen Akteuren die Möglichkeit, durch freiwillige Selbstverpflichtung ein deutliches Signal für demokratische Verantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen.

Die Orientierung an bewährten Modellen wie der Kölner Fairness-Vereinbarung zeigt, dass solche Selbstverpflichtungen Wirkung entfalten und Debatten versachlichen können. Gleichzeitig gewährleistet das begleitende Prüfverfahren durch unabhängige Ombudspersonen Transparenz und Glaubwürdigkeit, sodass Verstöße öffentlich thematisiert werden können. Die Vereinbarung trägt damit nicht nur zur Entschärfung politischer Spannungen im Wahlkampf bei, sondern unterstützt langfristig ein respektvolles und integratives Zusammenleben in Regensburg.

Mit diesem Beschluss setzt der Integrationsbeirat ein klares Zeichen: Die Stadtgesellschaft soll in einem fairen, sachlichen und respektvollen Klima diskutieren und sich politisch engagieren können, ohne dass einzelne Gruppen stigmatisiert oder ausgegrenzt werden.

## **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## **TOP 8: Berichte der AGs**

Die AGs Veranstaltungen sowie Politik, Soziales und Antirassismuarbeit hätten bereits berichtet.

Auf Nachfrage von Frau Lang ergänzt Frau Rist-Kaip einen Vorfall in Regensburg. Ein Rentner habe an einer Bushaltestelle das Wegwerfen von Zigarettenstummeln vor dem Amt für Integration und Migration kritisiert. Frau Rist-Kaip regt an, Aschenbecher aufzustellen, um so hoffentlich das Stadtbild zu verbessern.

Frau Spitaler-Kossok werde dies erneut prüfen, bisher habe man ihr hier gesagt, dass es Bedenken wegen des Brandschutzes und Vandalismusgefahr gebe. Sie werde sich noch einmal erkundigen.

Frau Lang schlägt einen Standort nahe einem vorhandenen Mülleimer vor. Herr Cetinkaya weist darauf hin, dass es bereits brandsichere, entsprechend gesicherte und zertifizierte Wandaschenbecher gebe. Frau Lang vertraut Frau Spitaler-Kossok, die sicherlich ihr Wort halten und eine Lösung finden werde und übergibt das Wort an Herrn Vernim für den nächsten Tagesordnungspunkt.

## Top 8: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim berichtet, dass erste Entwürfe zur Handreichung „Fakten gegen Fake News“ erarbeitet und an die AG geschickt worden seien. Ein Zoom-Austausch dazu finde am nächsten Dienstag statt. Man arbeite zügig, auch im Hinblick auf die Kommunalwahl und den Haushaltsschluss. Der Austausch mit der Koordinierungsstelle in München sei ebenfalls im Gange.

Zum Thema Vergaberichtlinien gebe es noch keine Entscheidung, da es innerhalb der Stadtverwaltung noch abgestimmt werde. Frau Spitaler-Kossok ergänzt, dass in nächster Zeit dazu eine Entscheidung getroffen werden solle.

Herr Vernim erklärt, dass die Planung der Sitzungstermine für das nächste Jahr über die Kommunalwahl hinaus schwierig sei, man jedoch dabei sei, Termine zu blockieren und mitzuteilen, auch wenn die zeitliche Verfügbarkeit des/der zukünftigen Oberbürgermeister\*in noch unklar sei.

Herr Vernim verkündet eine erfreuliche Mitteilung. Das BMW Werk Regensburg verlängere das Sponsoring der Interkulturellen Wochen für 2026. Er denke, dass dies eine Bestätigung der guten Arbeit der letzten Monate und Jahre, insbesondere im Zusammenhang mit den Interkulturellen Wochen, von allen Beteiligten sei.

Folgende Termine möchte er hervorheben:

- 28.11. 19.30 Uhr im M26: Kommune für alle-Respekt vor Ort - Zukunft der Antidiskriminierungsberatung in Bayern
- 07.12. 16 Uhr im Bürgerhaus Garching: 20 Jahre Integrationsbeirat Garching (Frau Torreblanca Cruz vertritt den Integrationsbeirat Regensburg)
- 09.12. 9.30 Uhr im Beratungsbüro SelbstBestimmt im Alter, Kumpfmühler Str. 52: Sitzung des Seniorenbeirats
- 17.01.26 17 Uhr im Leeren Beutel: Jubiläumsabend 15 Jahre Amici d'Italia (Anmeldung bis 30.11.) bisher angemeldet Frau Shahedi, Herr Firat, Frau Stabnau, Frau Lang
- 31.01.26 im Amt für Integration und Migration: Jahresklausur Integrationsbeirat (Details folgen)
- 13.02.26 16 Uhr: Nächste Sitzung des Integrationsbeirats (geplant)  
Dies sei die letzte Sitzung mit der amtierenden Oberbürgermeisterin
- 24.02.26 19 Uhr im EBW: Podiumsdiskussion des Integrationsbeirats mit den Oberbürgermeister-Kandidat\*innen
- 09.05.26 ab 12 Uhr in Stadtamhof: Fest des Ehrenamts (Details folgen)
- 13.06. und 14.06.26 AGABY Fachtagung und Vollversammlung in Nürnberg
- 02.10.26 im Thon-Dittmer-Palais: Lange Nacht der Demokratie

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Vernim. Die Termine haben alle bekommen.

Herr Firat schlägt vor, spontan ein Gruppenfoto mit der Flagge „Respekt – Kein Platz für Rassismus“ zu machen, da auch die Presse vor Ort sei. Es sei wichtig, ein Zeichen zu setzen, insbesondere nach den heutigen Beschlüssen.

Frau Pidopryhora fragt, welche AGs noch Hilfe benötigten, da sie sich nun besser zurechtfinde und gerne mitarbeiten würde. Frau Lang erklärt, dass keine AG Hilfe ablehne, und jeder willkommen sei, Aufgaben zu übernehmen.

Herr Vernim bittet die jeweiligen AG Sprecher, die geschäftsführende Stelle zu informieren, wenn jemand den AGs beitreten möchte, damit die entsprechenden Mailverteiler genutzt werden können.

Frau Lang erinnert daran, der geschäftsführenden Stelle mitzuteilen, wie oft man an Treffen teilnehme, damit die Sitzungsgelder korrekt abgerechnet werden können. Herr Vernim weist darauf hin, dass die Abrechnung für 2025 laufe und im Sinne der jeweiligen AG Mitglieder schnellstmöglich Meldung erfolgen solle. Wenn man es nicht melde, bekomme man auch kein Sitzungsgeld.

Frau Lang wünscht einen schönen Dezember und einen guten Rutsch und beendet die Sitzung.

Regensburg, 28.11.2025

gez.  
Julia Lang  
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

